

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Städtische Zeitung: Tagesblatt Rieser.
Vertrauf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1534
Girokonto Rieser Nr. 52.

Nr. 227.

Dienstag, 29. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 9 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufischrift, feste Tarife, Bemerklicher Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Abdruckung, Nachdruck, Verbreitung ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers ist strafbar. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Titzsch, Rieser.

Vom Westen zum Osten.

Die Reise des russischen Außenministers Tschitscherin nach Warschau, die dann später ihre Fortsetzung über Berlin finden soll, trifft naturgemäß nicht nur zufällig mit den großen politischen Entscheidungen zusammen, die vom Westen her und unter den schwerwiegendsten Umständen auf die Entwicklung einer sicherlich weit umgrenzten Zeitperiode fallen sollen. Es ist eine allerdings in der Politik sich immer wiederholende Tragik, daß auch heute wieder überall im Lager der uns gegenüberstehenden Mächte Worte und Formen lediglich dazu dienen, um unter Außerachtlassung der eigentlich durch sie gekennzeichneten Begriffe besondere Ziele zu erreichen. Das Sicherheitsangebot ist in Deutschland entstanden, entspringt dem berechtigten Wunsch des Auswärtigen Amtes und der gesamten Reichsregierung, an der deutschen Westgrenze endlich einmal klare, rechtsverbindlich garantierte Verhältnisse zu schaffen. Die englische Politik hat mit bezeichnendem Eifer diese Wünsche aufgegriffen, um auf dem Umwege über die Völkerbundsbestimmungen und unter Befestigung alter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich Deutschland in die große Weltfront hinein zu bringen, die sich, wenigstens nach Englands unverbundenem Wunsch gegen Rußland richten soll. Daß Frankreich bei der Gelegenheit nochmals, möglichst ohne Gegengabe, eine wertvolle Wiederholung der erprobten deutschen Interaktion unter das Verfallter Diktat herbeizuführen will, gehört zum „Sicherheitsproblem“ wie eben Frankreich es auffaßt. Es ist nach Lage der Verhältnisse durchaus begründet, daß Rußland dieser Entzweiung mit starken Mißtrauen gegenüber steht. Tschitscherins Warschau-Reise hängt zweifellos mit dem russischen Kravohn gegenüber den nun kommenden Dingen zusammen.

Rußland fürchtet ohne Zweifel eine allzu getrichtete politische Isolierung, wie sie bisher diesem Staate gegenüber schon bestanden hat. Der Nabaloffvertrag hat, so wenig er an praktischen, auf wirtschaftlichen Gebieten liegenden Ergebnissen auch aufzuweisen hat, doch moralisch für Rußland und in gewisser Beziehung auch für Deutschland eine Stärkung der eigenen Stellung bedeutet. Die aus dem Streifen zersplitterte Herausgedrängten fühlten sich bei aller Gegenseitigkeit der innerpolitischen Struktur doch sehr häufig als Lebensgenossen. Der politische Lehrling: „Sind zwei Größen einer dritten in diesem Falle Frankreich—Polen—Feind, so fühlen sie sich untereinander Freund“, fand hier seine Bestätigung. Rußland hat, sobald die Tatsache des deutschen Vorkommens bekannt wurde, aus seiner Mißbilligung kein Hehl gemacht. Die gegenwärtige Reise Tschitscherins nach Warschau ist ebenfalls eine Demonstration, zumal sie von Kommentaren russischer Zeitungen, u. a. von einem Russen Nabels in der amtlichen „Iswestija“ begleitet wird. Nabels gibt offen die Feindschaft gegen England zu und tritt für eine Verständigung mit Polen und damit auch mit Frankreich ein. Der Boden für einen solchen Schritt ist in Warschau gut vorbereitet. Alle Versuche Polens, mit den baltischen Staaten ein von Polen geleitetes Bündnis gegen Rußland zu schließen, sind an dem Widerstande Finnlands und des englischdänischen Entstand gescheitert. Die Hoffnungen auf die kleine Entente sind bei der inneren Bruchigkeit dieses Gebildes nicht groß. Ein offenes Bündnis mit Rumänien ist wiederum für Polen zu gefährlich, da die zwischen Rußland und Rumänien bestehenden Gegensätze allzu leicht Polen in ein Abenteuer verstricken können. Hinzu kommt endlich die auf deutscher Seite in den letzten Tagen gerade wieder sehr deutlich geäußerte Abneigung gegen eine Garantie der Ostgrenzen unter besonderer Bürgschaft Frankreichs und die allzu enge Verknüpfung dieser Garantie mit dem Westpakt. So findet Tschitscherin denn, abgesehen von der sozialistischen Presse und der Richtung Wilschütz, in Warschau eine freundliche Presse. Allerdings bewegen sich die Ausführungen der polnischen Zeitungen im allgemeinen in sehr wenig ins Einzelne gehenden Gedanken. Man erwartet etwas Schadenfreude ein Scheitern der englischen, gegen Rußland gerichteten Unions-Politik und hofft auf Entlastung Polens im Westen sowie auf günstige Beeinflussung der Wirtschaftslage.

Von Warschau wird Tschitscherin nach Berlin fahren. Dort dürfte man ihm nochmals nachdrücklich die Berücksichtigung geben, daß Deutschland mit seiner Ostpolitik durchaus nicht den Gedanken des Eintritts in einen Wächterbund gegen Rußland verbindet, wie ihn England und Auge faßt. Nichtet sich das Schwergewicht der deutschen Vorbehalte doch gerade gegen jede Bestimmung des Völkerbunds, die als rußlandfeindlich ausgelegt werden kann, gegen den Paragraph 16 mit seinem Durchmarschrecht. Frankreich und mit ihm Polen ist es doch gerade, daß diese rußlandfeindlichen Forderungen mit englischer Unterstützung durchsetzen will. Der kluge Tschitscherin dürfte Verständnis dafür haben, daß es sich in diesem Falle für Deutschland sicherlich nicht um West- oder Ostpolitik handelt, und daß Deutschland sich niemals hier festlegen kann und wird.

Die Verhandlungen über die Beamtengehälter.

Abg. Berlin. Die Besprechungen der Beamtenspitzenorganisationen mit dem Reichsfinanzminister, die in der vorigen Woche unterbleiben mußten, finden laut „Vorwärts“ am Donnerstag nachmittags 4 Uhr statt.

Die Verzögerung der Sicherheitskonferenz.

Abg. Berlin. Wie wir schon erfahren, ist eine kurze Verzögerung des Zusammentritts der geplanten Sicherheitskonferenz ganz unvermeidlich geworden. Die französische Regierung will nämlich die diplomatischen Vorverhandlungen mit London und Berlin nach mehrere Tage hindurch fortzuführen, so daß mit einer päpstlichen Eröffnung der Konferenz zum 5. Oktober nicht mehr gerechnet werden kann. Immerhin glaubt man, daß die Verzögerung nicht mehr als etwa acht Tage betragen wird.

Die Ministerkonferenz.

Abg. Berlin. Der deutsche Botschafter in Paris, v. Doehring, hatte erst am Montag abend Gelegenheit, dem französischen Außenminister die deutsche Antwort persönlich zu übergeben und Erklärungen dazu abzugeben. Gegenüber dem Interview des Reichsaussenministers an den Matin — Berichterstatter Sauerwein — der dieses Interview nicht richtig wiedergegeben hat, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß Minister Dr. Stresemann mündlich folgendes gesagt hat: „Ich begrüße es, daß der Botschafter v. Doehring morgen Gelegenheit hat, dem Herrn Minister Briand gegenüber die von deutscher Seite abgegebenen Erklärungen auch persönlich zu übermitteln und erläutern zu können. Die deutsche Regierung hat ihrerseits wiederholt erklärt, daß sie ein positives Ergebnis der Verhandlungen über den Sicherheitspakt begrüßen würde, und die von unserem Botschafter abgegebenen Erklärungen besprechen gerade, diejenige Atmosphäre gegenseitiger innerer Gleichberechtigung und Zusammenarbeit zu schaffen, welche die Voraussetzung für ein gutes Ergebnis der Arbeiten der Ministerkonferenz ist.“

Die Form des Abschlusses der Konferenz ist, wie wir hören, wohl nicht so gedacht, daß ein Extraterritorialität und schließlich unterschrieben wird über alle Einzelheiten. Der Ausgang wird voraussichtlich der sein, daß man, wenn man zu einem Ergebnis gekommen ist, dieses Ergebnis den verschiedenen Regierungen und Parlamenten zur Genehmigung vorlegen wird. Ueber die Möglichkeit einer Verschiebung des Termins der Konferenz ist an zuständiger Stelle in Berlin noch nichts bekannt.

Die Begebung landwirtschaftlicher Kredite.

Die Verwendung der Rentenbankanleihe.

Abg. Berlin. Wie die Berliner Börsenzeitung“ erfährt, werden die Gelder, die aus der Rentenbankanleihe durch die Hypothekendarlehen und die landwirtschaftlichen Kreditbanken an die Landwirte geleistet werden, diesen Instituten spätestens im Laufe des November zur Verfügung gestellt werden, nachdem zuvor von diesen genaue Unterlagen über die Beirtergabe der Kredite an die Landwirte durch die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt eingereicht worden sind. Die Auszahlung der Realreditantialien erfolgt zu 87,1 Prozent, die Rückzahlung der planmäßigen Tilgung oder Kündigung frühestens nach zehn Jahren zu Paris. Abgesehen von den laufenden Ausgaben, 7 Prozent Zinsen und 1/2 Prozent Provision Verwaltungskostenbeitrag für die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt und 1/2 Prozent Tilgungsbeitrag sind von den Kreditnehmern höchstens ein Prozent als einmalige Abschlußprovision und höchstens 1/2 Prozent als laufende Verwaltungskostenbeitrag für die Hypothekendarlehen bzw. landwirtschaftlichen Kreditbanken aufzubringen. Das Darlehen wird gesichert durch Eintragung einer erhöhten Hypothek auf das Grundstück des Darlehensnehmers, die innerhalb 30 Prozent des berechtigten Wehrbeitrageswertes liegen und im übrigen den Bestimmungen des Hypothekendarlehen-Bankgesetzes entsprechen muß. Die Erhöhtigkeit darf allein beeinträchtigt sein durch Haus- und Realbelastungen des Grundbuches, durch die Rentenbankschuld oder durch eine Papiermarkhypothek, die jedoch spätestens innerhalb neun Monaten befristet sein muß.

Zeppelin-Edener-Werbe-Woche.

Abg. Berlin. Der Reichslandeshauptmann für die Zeppelin-Edener-Spende des deutschen Volkes schreibt uns:

Die Tage vom 11. bis 18. Oktober sollen dem Gedenken der Ueberfahrt des Z. P. 126 von Friedrichshafen über den Ozean nach Amerika, dem Gedenken des Grafen Zeppelin und der Erhaltung seines Werkes, der Wert in Friedrichshafen, gehören.

Es handelt sich darum, gerade in dieser Werbeweche den Kampf um die große Idee immer mehr ins Volk zu tragen: Deutschland, das stolz ist, der Welt den Beweis erbracht zu haben, daß ein Luftschiff in der Lage ist, alles bisher Dagewesene in der Ueberquerung großer Strecken zu schlagen. Die Zeppelinwerft in Friedrichshafen ist aber in Gefahr, ihre Werten zu verlieren zu müssen, wenn es nicht gelingt, dem Werk des Grafen Zeppelin neue Mittel zuzuführen.

Nicht darum handelt es sich, was irrtümlicherweise leider vielfach in den Vordergrund gestellt worden ist, ein Nordpolarschiff zu schaffen; der Kernpunkt dieses Kampfes um die Idee ist der: Kaution und Verwirklichung des großen transozeanischen Verkehrsgebekens, ein Problem, das bisher Deutschland allein mit seinen Zeppelinflüssen der Lösung nähergebracht hat.

Diesem großen Problem ist die Zeppelin-Edener-Werbe-Woche mit ihren vielseitigen Veranstaltungen und umfangreichen Sammlungen gewidmet.

Deutschnationale Frauentagung.

Abg. Berlin. Die Deutschnationale Schulungswoche fand mit zwei Frauentagungen ihren Abschluß. Den Vorsitz führte Frau Abg. Lehmann. Nachdem diese die Verhandlungen mit dem Hinweis auf den Zweck der Schulungswoche eröffnet hatte, entwickelte Reichstagsabg. Ullrich in anerkennendem Vortrag die deutschnationalen Anschauungen über Gesetzgebung. Er sprach von dem Bewußtsein zu der die Jahrhundert überdauernden Arbeitsleistung des gesamten deutschen Volkes, worin wir jetzt Lebenden ein kleines Bindelied zwischen Vergangenheit und Zukunft seien. Diese Bindung an Gewesenes und Werden gebe der deutschnationalen Weltanschauung das große Hebrögewicht gegenüber den Linksparteien. Aus dem großen Erleben des Staates in dem letzten Kriege heraus — der Redner erinnerte insbesondere an die vielen Kriegsfreiwilligen und die Tätigkeit der Frauen — sei die neue Zeit geboren und dieses Erlebnis in jedem deutschen Menschen lebendig werden zu lassen, müsse ein Ziel der deutschnationalen Bewegung sein. Weiterhin sprach der Redner über Einzelheiten der Gesetzgebung.

Frau Abg. Zuttgen sprach über gesetzgeberische Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholschmuggels. Frau Dr. Langenbeck-Degen erwarb ein Bild des ländlichen Strafgesetzes, Frau Abg. Dr. Spöbe gab eine Uebersicht über die die Bevölkerungszunahme und sozialpolitische Fragen behandelte.

Am Sonntag vormittag besuchten die Teilnehmerinnen Potsdam. Nach einem gemeinsamen Kirchgang wurde die Gruft Friedrichs des Großen besucht und eine Blumenspende am Grabe der Kaiserin niedergelegt.

Abgeschlossene Reparationslieferungen.

Abg. Berlin. Im August sind mit Frankreich, abgesehen von 12 Verträgen über Lieferung von Reparationsmaterial, 181 Verträge über Reparationslieferungen im Betrage von 7,3 Millionen Reichsmark abgeschlossen worden. Die Vertragszahl dieses Monats beträgt mehr als die Gesamtzahl aller vom 1. Mai bis zum 31. Juli abgeschlossenen Verträge über Sachlieferungen auf Reparationskonto. Diese Zunahme ist auf die Propaganda der französischen Regierung in bezug auf die Beilegung von Sachlieferungen sowie auf die wachsende Vertraulichkeit der Lokalbehörden im Wieder- aufbaugebiet mit den Anforderungsformalitäten zurückzuführen.

Wenn die französische Anforderung im August im Werte von 7,3 Millionen Reichsmark erheblich hinter dem Werte der im Juli gemachten Beilegungen — 12 Millionen Reichsmark — zurückbleibt, so erklärt sich das aus dem fast gänzlichen Fehlen größerer Objekte, bedingt durch nur bei dreizehn Verträgen der Lieferungsart: auf über hunderttausend Reichsmark. Der größte Auftrag besteht aus der Lieferung von hunderttausend Hektoliter Weizen im Werte von 2,6 Millionen Reichsmark.

In weitem Abstände folgt dann ein Auftrag über Gusseisenwaren im Werte von 437 000 Reichsmark. An dritter Stelle ist ein Auftrag auf tausend Tonnen Zeitungspapier im Werte von 365 000 Reichsmark zu nennen. Bemerkenswert sind auch die Lieferungsverträge über dreitausend To. Erzeugnisse sowie über Lieferung von Textil- und anderen Maschinen, Telegraphenstationen und Weisblech. Weiterhin sind Verträge über die Lieferung von insgesamt achttausend Schafen sowie endlich über Nadeln abgeschlossen worden. Abgesehen von der erwähnten Alkohollieferung gehen die Reparationswaren fast ausschließlich an Wieder- aufbaugebäude ab.

Mit Belgien sind im August nur sechs Verträge über Sachlieferungen abgeschlossen worden, die einen Gesamtwert von nur 217 000 Reichsmark haben und ausschließlich staatliche Stellen angehen. Angesichts dieser geringfügigen Anforderung nimmt es kein Wunder, daß Belgien sich über die Unterbringung der ihm beim Generalamtigen für Reparationszahlungen zur Verfügung stehenden Gelder Sorgen macht.

Der Gesamtbeitrag der im ersten Reparationsjahr von den beiden Ländern gemachten Beilegungen an Sachlieferungen außer Rohle und Farbstoffen beliefert sich auf 128,5 Millionen Reichsmark. Davon entfallen auf Frankreich einhundertunddreizehn Millionen Reichsmark und auf Belgien 15,8 Millionen Reichsmark. Zu berücksichtigen ist dabei, daß vor dem Inkrafttreten des sogenannten Wallenbergabkommens über die Sachlieferungen am 1. Mai dieses Jahres nur wenige Sachlieferungsverträge abgeschlossen worden sind und sich das neue Lieferungsstadium erst einspielen mußte.

Die Riesenschulden der Barmat und Antister.

Abg. Berlin. In einer geheimen Sitzung des Barmat-Ausschusses des Preussischen Landtages machte nach einer Nachricht, die einer als zuverlässig bekannten Wirtschaftskorrespondenz zugegangen ist, der Staatsbankpräsident Schröder Mitteilungen über die Höhe der Schulden, die Barmat und Antister bei der Staatsbank zu Buche stehen haben. Danach beläuft sich die Schuldsumme Antisters im Augenblick auf 12 075 000 Mark, während Barmat noch 10 750 000 Mark Schulden hat. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist, daß jetzt bekannt wird, daß in der Bilanz der Staatsbank für 1924 diese Posten größtenteils noch als Aktiven aufgeführt worden sind, und zwar in dem Posten „ungedeckte Forderungen“, der in der Bilanz mit 17 Millionen Mark erscheint. Infolge dieses Postens weist die Staatsbank für das Jahr 1924 einen Reingewinn von vier Millionen Mark aus.